

Gibt es eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt?

Der Zusammenbruch des Friedensprozesses und der Ausbruch der Gewalt

Bei den israelischen Wahlen im Mai 1999 wurde Ehud Barak mit 56 Prozent der Stimmen Premierminister. Das war ein sehr deutlicher Sieg für israelische Verhältnisse. Aber das Ergebnis der Knesset-Wahlen fiel nicht so eindeutig aus. Seine eigene Liste „Ein Israel“ sammelte gerade 24 von insgesamt 120 Sitzen, die restlichen waren so verteilt, dass es keine Mehrheit für natürliche Allianzen gab. Barak musste sich daher zwischen zwei widersprüchlich erscheinenden Möglichkeiten entscheiden: Die erste führte in eine Koalition mit religiösen und kommunalen Parteien, größte Partei davon war die Shas. Diese Koalition hätte seine Politik im Friedensprozess unterstützen können, dafür aber ernsthafte politische und konstitutionelle Reformen verhindert. Die zweite Möglichkeit war eine Koalition mit säkularen Parteien, die größte Partei dabei war die Likud. Auf diesem Weg wäre es leichter gewesen, Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat und Religion und im politischen Bereich durchzuführen, allerdings waren von vornherein alle Zugeständnisse ausgeschlossen, die Barak für die Fortführung eines ernsthaften Friedensprozesses für notwendig hielt.

Barak entschied sich für die „Friedenskoalition“ und gegen die „zivile Koalition“ in der Hoffnung, dass er sich die Unterstützung für Abkommen mit Syrien und den Palästinensern sichern würde, wenn er den unmittelbaren Anliegen der Shas und der anderen religiösen/traditionellen Parteien entgegenkommen würde. Er erklärte seine Entscheidung damit, dass die ersten beiden Jahre seiner Amtszeit dem Ziel gewidmet seien, einen Friedensschluss zu erreichen. Erst dann wäre es an der Zeit, sich auf eine neue Definition von Politik und Gesellschaft in Israel zu konzentrieren.

Nach kaum einem Jahr war Baraks Strategie gescheitert. Wie viele seiner Vorgänger hatte er sich für eine Lösung vom Typ „Syrien zuerst“ entschieden; er ging davon aus, dass die Streitpunkte zwischen Syrien und Israel einfacher und weniger emotionsbeladen waren und dass die syrische Regierung konsistenter agieren würde als die Palestinian Authority (PA) /Palestinian Liberation Organization (PLO). Außerdem würde ein Abkommen mit Syrien die Durchführung einer seiner wichtigsten Wahlkampfversprechungen erleichtern: den Abzug der Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) aus der Sicherheitszone im südlichen Libanon bis Juli. Aber trotz der Unterstützung durch die amerikanische Regierung konnten sich die beiden Seiten in direkten Gesprächen nicht über die geographischen Bedingungen einigen. Barak bot an, dass sich Israel vollständig von den Golan-Höhen zurückzieht, die während des 6-Tage-Krieges 1967 besetzt worden waren, aber nur bis zur internationalen Demarkationslinie, die 1923 von den britischen und französischen Mandatsmächten festgelegt worden war. Damit wäre der Sees Genezareth, Israels wichtigstes Wasserreservoir, zur Gänze auf israelischem Territorium geblieben. Syrien bestand auf dem Rückzug Israels auf die Grenzen vor dem Kriegsausbruch am 4. Juni 1967, wodurch Syrien den Zugang zum nordöstlichen Ufer des See Genezareth bekäme. Es war ein Fehler von Präsident Clinton, den syrischen Präsidenten Hafez al-Assad beim Gipfeltreffen im März 2000 zu keiner flexiblen Haltung zu bewegen. Ein Abkommen mit Syrien wurde verschoben und Barak entschloss sich zu einem einseitigen Abzug der israelischen Kräfte aus dem Libanon im Mai.

Erst dann widmete er seine uneingeschränkte Aufmerksamkeit der niemals völlig außer Acht gelassenen Palästinenserfrage. Im Mai lief die Interimsperiode aus, die in der israelisch-palästinensischen Grundsatzklärung von 1993 festgelegt worden war (das ursprüngliche Abkommen von Oslo), und Barak traf sich nach seinem Amtsantritt mit Yassir Arafat, um

eine Verständigung über die Ausdehnung der Interimsperiode sowie die Weiterführung von Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung betreffend den permanenten Status herbeizuführen. Innerhalb eines Jahres sollten diese Verhandlungen zu einer umfassenden Vereinbarung über den permanenten Status führen, das heißt zu einem vollen Friedensvertrag. Aber planlose Kontakte während der Herbst- und Wintermonate brachten nur wenig Ergebnis, und als das Ende der neuen Frist bedrohlich näher rückte, trafen sich israelische und palästinensische Verhandler im Frühling 2000 in Stockholm zu direkten Gesprächen. Ihre Bemühungen scheiterten, die Gräben weit genug zuzuschütten, um bei einem Gipfeltreffen auf höchster Ebene eine Übereinkunft erzielen zu können. Aber Barak drängte zu einem Gipfeltreffen, denn er hatte zwei Befürchtungen: Entweder würde das Ablaufen einer weiteren Frist die einseitige Ausrufung eines Palästinenserstaates nach sich ziehen, auf die er in irgendeiner Weise antworten müsste, oder es würde zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage kommen. Die Palästinenser zögerten, sich diesem Kurs anzuschließen. Obwohl sie wegen der Unklarheiten und Unsicherheiten in den Interimsabkommen viele Jahre ungeduldig gewesen waren, argumentierten sie nun, sie hätten nicht ausreichend Zeit für die Vorbereitung auf die schwierigsten und sensibelsten Fragen gehabt: Jerusalem, Grenzen und Flüchtlinge. Aber auf Druck von Präsident Clinton kam Arafat im Juli nach Camp David.

Bei diesem Treffen bot Barak Konzessionen an, die sogar er selbst – ganz abgesehen von der Opposition – davor als unvorstellbar bezeichnet hatte. Er bot tatsächlich ein Abkommen für einen permanenten Status an, dessen Grundlage ein unabhängiger Palästinenserstaat sein sollte, der sich über den Gaza-Streifen und 90 Prozent der West-Bank erstrecken würde, einschließlich Teilen der erweiterten Stadtgrenzen von Jerusalem. Er schlug auch eine umfassende Lösung des Flüchtlingsproblems vor: Israel sollte sein Bedauern über das Leid der Flüchtlinge zum Ausdruck bringen und sich bereit erklären, einige Flüchtlinge in Israel aufzunehmen. Der Großteil würde in ihren Heimatländern rehabilitiert oder im Palästinenserstaat wieder angesiedelt werden. Auch sollte sich Israel an den internationalen Bemühungen für eine finanzielle Kompensation und/oder Unterstützung der Palästinenser beteiligen. Die meisten jüdischen Siedlungen in der West Bank und im Gaza-Streifen waren aufgelöst und die meisten Siedler in zwei oder drei große Blöcke zusammengefasst in Israels angesiedelt worden. Barak brach das langjährige israelische Tabu hinsichtlich der Teilung Jerusalems. Diese Konzessionen gingen einigen von Baraks Partnern in der „Friedenskoalition“ zu weit, im Sommer 2000 traten die Shas, die National Religious Party und die Einwandererpartei Yisrael Be'Aliyah aus der Koalition aus, und Barak verlor seine parlamentarische Mehrheit.

Aber den Verhandlungspartnern ging dieses Angebot nicht weit genug. Einer der führenden palästinensischen Verhandlungsteilnehmer, der Minister für Planung und internationale Zusammenarbeit, Nabil Sha'ah, erklärte später, dass Baraks Angebot ein Fortschritt war, aber eben „nicht genug“. Die palästinensische Position auf dem Gipfel hielt sich vor allem an alte Forderungen: Rückzug Israels auf die Grenzen vor dem 4. Juni 1967, also kein Kompromiss hinsichtlich der palästinensischen Souveränität in Ost-Jerusalem, und „Rückkehrrecht“ für Flüchtlinge; die Zahl der Flüchtlinge war seit 1948 von rund 650 000 auf über 3,5 Millionen gestiegen. Die erste Forderung war für Israel inakzeptabel, da sie einen Zugang zum Tempelberg unmöglich gemacht hätte und den Status von rund 150 000 Bewohnern jenseits der so genannten „Grünen Linie“ in Jerusalem in Frage gestellt hätte. Die zweite war unannehmbar, da sie die weitere Existenz Israels als jüdischer Staat bedrohte. Im Vorfeld zu den Verhandlungen in Camp David und in verschiedenen „Track-II“-Treffen war die palästinensische Position etwas flexibler gewesen. Präsident Clinton und Außenministerin Madeleine Albright hatten versucht, dieses Potential auszunützen. Aber leider ging aus ihren Bemühungen kein Abkommen hervor. Wenn man einigen amerikanischen Teilnehmern an diesem Gipfel glaubt, konnten sie den Palästinensern nicht einmal ein Gegenangebot

entlocken, um Dynamik in die Verhandlungen zu bringen. Der Gipfel wurde daher abgebrochen ohne Abkommen oder Vereinbarungen über das weitere Vorgehen.

Das erste Mal seit vielen Jahren war Arafat in die ungewohnte und unangenehme Situation geraten, dass er von vielen Seiten für die Pattstellung verantwortlich gemacht wurde; den Sommer über war er hauptsächlich mit der Abstützung seiner Position beschäftigt. Auf diplomatischer Ebene führte er in einer intensiven Kampagne, in der er die Gründe für seine Zurückweisung des Vorschlags darlegte, er suchte Unterstützung für seine eigenen Forderungen – hauptsächlich in der arabischen und islamischen Welt, aber auch anderswo. Innenpolitisch kam es zur Mobilisierung der palästinensischen Öffentlichkeit für eine mögliche Konfrontation mit Israel durch die Medien und über andere Wege wie zum Beispiel paramilitärische Sommertrainingscamps für Teenager.

Palästinensische und israelische Strategien

Diese Ereignisse bilden den Hintergrund für die massiven Gewaltausbrüche zwei Monate später. Der unmittelbare Auslöser für diese Gewalt war ein in allen Medien publizierter Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Tempelberg am 28. September 2000. In Kenntnis von Baraks schwieriger politischer Situation und in Erwartung baldiger Neuwahlen sollte Sharons Besuch seine eigene Position in der Partei stärken und einem Streit um die Führung mit dem ehemaligen Premierminister Benjamin Netanyahu vorgreifen. Aber die Stimmung war zu diesem Zeitpunkt so aufgeladen, dass die Palästinenser diesen Besuch sofort als Bestätigung dafür interpretierten, dass „die al-Aqsa-Moschee in Gefahr ist“, wie dies seit Jahren von islamischer Seite propagiert wurde. Von den palästinensischen Medien wurde Sharons Anwesenheit auf dem Tempelberg wörtlich als „Besudelung der al-Aqsa-Moschee“ bezeichnet. (Der folgende Gewaltausbruch erhielt auch die Bezeichnung „al-Aqsa-Intifada“.) Am nächsten Tag ging die israelische Polizei nach den Freitagsgebeten gewaltsam gegen Demonstranten vor, das Ergebnis waren sieben getötete Palästinenser.

Dieser Vorfall löste anhaltende blutige Konfrontationen aus. Aber kann dieses Ereignis alleine die Dauer und Intensität der Gewalt erklären? Es gab auch vorher immer wieder Gewaltausbrüche, zuletzt im Mai am Jahrestag der israelischen Unabhängigkeit, der bei den Palästinensern als „Nakba-Tag“ (Tag der Katastrophe) gilt. Bisher war die Gewalt immer nach einigen Tagen abgeebbt, sobald sich die PA zu einer Intervention entschlossen hatte. Aber diesmal breitete sie sich über die ganze West-Bank und den Gaza-Streifen, bis nach Israel hinein aus, und die PA versuchte nicht, die Gewalt unter ihre Kontrolle zu bringen; sie ermutigte und glorifizierte den Ausbruch und entließ sogar inhaftierte Terroristen extremistischer Organisationen wie „ Hamas“ und „Islamischer Djjihad“ aus dem Gefängnis. Eine Erklärung für dieses Verhalten ist, dass Arafat möglicherweise nicht bereit war, vor seinen eigenen Anhängern diesen vermeintlich spontanen Ausbruch frustrierter Gefühle seines Volkes für Unabhängigkeit und ein Ende der Besatzung einzudämmen. Die ersten Monate der Ausschreitungen wurden manchmal auch als „Unabhängigkeits-Intifada“ bezeichnet. Aber grundsätzlich hätte man Unabhängigkeit und Besatzungsende zwei Monate früher auf friedlichem Wege in Camp David erreichen können. Es sieht so aus, als hätte Arafat rasch erkannt, welche Möglichkeiten sich aus dieser Situation ergeben konnten, auch wenn er keine Befehle für den Beginn der Intifada erteilt hatte. Voraussetzung war allerdings, dass die Dinge nicht völlig außer Kontrolle geraten durften.

Der palästinensische Kommunikationsminister Imad Faluji teilte einer Gruppe von Flüchtlingen im Rahmen eines Gesprächs mit, dass diese Gewalt nach dem Scheitern der Gespräche von Camp David im Juli geplant worden war. Später zog Faluji, der der „ Hamas“ nahe steht, diese Behauptung zurück, ein offizieller Sprecher der Palästinenser widersprach

dieser Aussage ebenso wie die meisten unabhängigen Beobachter. Andererseits zeigte die Politik der PA in den folgenden acht Monaten eine strategische und zweckrationale Einstellung: Die Gewalt könnte dem Erreichen politischer Ziele dienen. Arafat war nach Camp David in die Defensive gedrängt, und er hoffte, dass die Intifada die israelisch-palästinensische Gewichtung umkehren und seine Verhandlungsposition in den folgenden Gesprächen verbessern würde. Grundlage dafür waren zwei mögliche Entwicklungen: Die israelische Regierung und Bevölkerung – zermürbt durch Verluste und Kosten – würde mehr Entgegenkommen zeigen und zumindest größere Konzessionen. Die zweite Möglichkeit bestand darin, dass die Dramatik des gewaltsamen Konfliktes, in dem die Palästinenser unvermeidlich als schwächere Seite oder Verlierer angesehen würden, zu einer Internationalisierung des Konflikts führen würde. Im schlimmsten Falle würde dies Sympathie, materielle Unterstützung und vielleicht internationale Präsenz auf heimischem Boden bedeuten. Im besten Falle würde es zu so starkem politischen Druck kommen, dass Israel nicht standhalten könnte und in der Folge noch großzügigere Zugeständnisse machen müsste. Die palästinensischen Führer und Arafat selbst unternahmen zahlreiche Anstrengungen, um ihre Aussichten zu verbessern, sie verurteilten die israelischen Gegenmaßnahmen radikal und gingen unter anderem so weit, den Israelis zu unterstellen, entleerte Uraniumhülsen gegen palästinensische Ziele verwendet und vergiftete Süßigkeiten an palästinensische Kinder verteilt zu haben.

Palästinensische Sprecher bezeichneten die Intifada häufig als Kampf um die Unabhängigkeit, aber gelegentlich wurde sie auch als Verteidigung oder Reaktion auf Angriffe eingestuft, die von Israel ausgingen, um dadurch eine politische Lösung zu erzwingen. Israel hatte tatsächlich keine politische Strategie. Wie die Palästinenser setzte es Gewalt als Instrument ein, und es betrieb ein Krisenmanagement, dessen einzige politische Komponente die Ablehnung der politischen Ziele der Palästinenser war. Zugleich war die Beendigung der Gewalt ein Ziel der israelischen Politik: Israelische Verluste wie auch der politische Schaden auf bilateraler, regionaler und internationaler Ebene sollten eingedämmt werden. Diese beiden Ziele waren jedoch unvereinbar und ziemlich widersprüchlich. Der Wunsch nach einer Einschränkung der israelischen Verluste (und vielleicht nach der Wiederherstellung einer gewissen Abschreckung) kam darin zum Ausdruck, dass man eine längere Feuerpause anstrebte. Aber der Wunsch nach Eindämmung des politischen Schadens erforderte das Gegenteil. Solange Israel noch auf eine mögliche zukünftige Wiederaufnahme des politischen Prozesses hoffte und der Meinung war, dass die PLO/PA der vielversprechendste oder tatsächlich der mächtigste Verhandlungspartner ist, musste es im Interesse Israels liegen, die Verluste der Palästinenser möglichst gering zu halten und Vorfälle zu vermeiden, die der PA einen nicht gutzumachenden Schaden zufügen würde. Auch der Wunsch, eine weitere Verschlechterung in den Beziehungen zu den arabischen Nachbarn Israels, besonders zu Jordanien und Ägypten zu vermeiden, führte zu einer gewissen Zurückhaltung; ebenso musste die internationale Kritik abgewehrt werden, die massiven Druck auf Israel ausüben und damit politische Zugeständnisse erzwingen kann. Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Überlegungen war eine israelische Politik, die zwischen Eskalation und Beruhigung unter Einsatz von militärischem und wirtschaftlichem Druck (Abriegelung des Territoriums, Einbehaltung von Steuern, die Israel im Namen der PA eingehoben hatte, etc.) pendelte. Meistens eskalierte die Situation nach besonders destruktiven palästinensischen Angriffen, vor allem im Zuge der Antworten auf Selbstmord-Attentate und Auto- oder Busbomben gegen zivile Ziele in Israel. Zu einer gewissen Beruhigung der Lage kam es meist dann, wenn der politische Schaden für alle Betroffenen zu groß zu werden drohte.

In den ersten vier Monaten der gewaltsamen Auseinandersetzungen versuchte die israelische Regierung, militärische und/oder wirtschaftliche Gegenmaßnahmen mit diplomatischen Offensiven zu verknüpfen. Mit amerikanischer Unterstützung wurden die

Verhandlungen gegen Jahresende in der Nähe von Washington wieder aufgenommen, das Ergebnis waren fünf „Überbrückungsvorschläge“ von Präsident Clinton. Darin wurde unter anderem vorgeschlagen, 94 bis 96 Prozent der West-Bank unter palästinensische Kontrolle zu stellen und die verbleibenden 4 bis 6 Prozent gegen israelisches Gebiet auszutauschen. Bezüglich Jerusalem wurde vorgeschlagen, was arabisch ist, soll palästinensisch werden, und was jüdisch ist, soll israelisch sein. Dieser Grundsatz würde zu einer Vergrößerung des palästinensischen Anteils an der Stadt führen. Diese Vorschläge bildeten die Basis für weitere Gespräche in Taba, die sich in den Januar hineinzogen und bei denen sich der Schwerpunkt immer stärker auf die Seite der palästinensischen Positionen verlagerte. Dennoch scheiterten die Gespräche letztlich an der palästinensischen Weigerung, den Israelis einen anerkannten Status hinsichtlich des Tempelberges einzuräumen oder einen Kompromiss in der Flüchtlingsfrage zu akzeptieren, rund eine Woche vor den israelischen Wahlen. In der Zwischenzeit hielten die Gewaltausbrüche weiter an.

Eine nachträgliche Bewertung zeigt, dass Israel vergleichsweise erfolgreicher beim Erreichen seiner begrenzten Ziele war. Auch wenn die Regierung Barak noch weitere Zugeständnisse in den Verhandlungen nach Camp David gemacht hätte, so steht doch überhaupt nicht fest, dass das israelische politische System diese ratifiziert hätte, selbst wenn die Palästinenser ihre Zustimmung gegeben hätten. (Barak wurde sogar von seinen eigenen Leuten heftig kritisiert, weil er die Verhandlungen weiter führte, nachdem im Dezember Neuwahlen ausgeschrieben worden waren. Einige palästinensische Beobachter sehen einen Grund für die Ablehnung des Paketes darin, dass Barak gar kein ausreichendes Mandat gehabt hat, um es anzubieten.) Diese Entwicklung trug zu einer Verhärtung der öffentlichen Meinung in Israel bei und verstärkte das Misstrauen gegenüber den Absichten der Palästinenser. Die Linke war enttäuscht und so zog sich das „Friedenscamp“ zur Überwinterung zurück. Die vorangegangenen Ereignisse bestimmten auch das Ergebnis der ganz besonderen Wahl des Ministerpräsidenten im Februar, in der Ariel Sharon mit einer großen Mehrheit im Verhältnis von 2:1 in das Amt gehoben wurde. Basis seines Erfolges war das Versprechen, die persönliche Sicherheit für alle Israelis wieder herzustellen. Sharon bildete mit diesem Mandat eine Regierung auf einer sehr breiten Basis, in die auch Vertreter der Arbeiterpartei eingebunden waren. Sharon legte sich darauf fest, die Verhandlungen erst nach einem Ende der Gewalt wieder aufzunehmen. Selbst wenn diese Bedingungen erfüllt worden wären, bestand nur eine geringe Chance, dass die neue Regierung das Angebot von Camp David erneuert hätte, und noch viel weniger jenes von Taba. Es war unwahrscheinlich, dass die öffentliche Meinung eine Erneuerung dieser Angebote fordert.

Die Hoffnung auf eine „Internationalisierung“ des Konfliktes erfüllte sich in keiner Weise. Zu Beginn gab es viele Sympathiebekundungen von den weltpolitischen Führern, viele Sympathiedemonstrationen in der arabischen Welt und viel Sympathie in den Schlagzeilen der Medien – vor allem, als israelische Sicherheitskräfte und palästinensische Demonstranten mit Steinen und Molotow-Cocktails aneinander gerieten. Israel wurde für seine Antwort auf diese Angriffe, wegen seiner exzessiven oder unangemessene Einsätze heftig kritisiert. Aber das Bild änderte sich nach rund einem Monat, als die Palästinenser in zunehmendem Maß zu scharfer Munition griffen, sie schossen aus fahrenden Autos und setzten Granatwerfer ein. Es gab auch auf diplomatischer Ebene laufend Versuche, die Gewalt zu beenden und die Verhandlungen wieder aufzunehmen – beginnend mit dem hochrangigen Treffen in Paris und dem folgenden internationalen Gipfel in Sharm al-Shayk Mitte Oktober. Aber alle diese Bemühungen scheiterten an der Unfähigkeit oder Unwilligkeit Yassir Arafats, einem sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand zuzustimmen, das heißt der Gewalt ein Ende zu setzen, ohne damit ein politisches Ziel zu erreichen, das den humanitären und materiellen Preis rechtfertigen würde, den sein Volk gezahlt hatte. Auf dem Gipfel von Sharm al-Shayk wurde eine Untersuchungskommission unter der Leitung des ehemaligen amerikanischen

Senators George Mitchell eingesetzt, die ihre Ergebnisse Ende April 2001 vorlegte und die palästinensischen Forderung zurückwies, auf dem umstrittenen Territorium eine internationale Überwachungs- oder Schutzmacht zu installieren. Der diesbezügliche Antrag auf eine Resolution des UN-Sicherheitsrates scheiterte an einem amerikanischen Veto. So erhielten die Palästinenser keine entscheidende Unterstützung. Nicht einmal die arabischen Staaten, deren rhetorische Unterstützung so einheitlich ausgefallen war und die gemeinsam beschlossen hatten, ihre Kontakte zu Israel zu reduzieren oder abzubrechen, stellten sich mit jener finanziellen Unterstützung ein, die sie auf zwei arabischen Gipfelkonferenzen zugesagt hatten. Die Hoffnung, unter besseren Bedingungen leben zu können, erfüllte sich für die Palästinenser wieder einmal nicht.

Ausblicke

Die Aussichten auf ein Ende des jüngsten Ausbruches der israelisch-palästinensischen Gewalt sind wegen des eigenartigen Charakters dieser Konfrontation, die eine Mischung aus ziviler Unruhe und kriegerischer Auseinandersetzung mit niedriger Intensität darstellt, schwer einzuschätzen. Andererseits ist darin auch ein Element eines palästinensischen Volksaufstandes gegen die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen enthalten, ähnlich wie in der Ende 1987 ausgebrochenen Intifada. Das Fehlen einer umfassenden Friedenspolitik der israelischen Regierung zur damaligen Zeit und die dafür falsche Ausbildung und ungeeignete Ausstattung der israelischen Sicherheitskräfte hatten dazu geführt, dass diese Auseinandersetzung mehrere Jahre dauerte, bis sie in Folge von Erschöpfung, des Golfkriegs und der Hoffnung, die durch die Madrider Konferenz 1991 geweckt wurde, endete. Aber damals fehlten auf der palästinensischen Seite heute vorhandene Elemente: Waffen und die Existenz einer quasi-staatlichen Struktur. Heute verfügt die PA über viele Attribute eines Staates wie administrative Strukturen und Sicherheitskräfte, Rechtsprechung über den größten Teil der palästinensischen Bevölkerung und ein politisches Programm, wenn nicht sogar eine umfassende Strategie. Die aktuelle Gewalt findet vor dem Hintergrund eines Friedensprozesses und von Verhandlungen statt, die sich nun über sieben Jahre hinziehen und in deren Verlauf es bereits zu grundlegenden Erfolgen gekommen ist. Eine Fortsetzung dieses Prozesses in eine positive Richtung ist heute daher wesentlich vielversprechender. All das erklärt den heute größten Einsatz von Gewalt, aber es bereitet auch den Boden eine stärker autoritär gefärbte Entscheidung, diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Doch diese Entscheidung ist vom politischen Kalkül der PA abhängig, das heißt von Yassir Arafat, und seine Überlegung hängt von einer Reihe ineinander verschlungener strategischer und innenpolitisch/politischer Faktoren ab: Von der Wahrscheinlichkeit, dass die Israelis in einer derart vernichtenden Weise antworten, die ausreicht, um die Fundamente seiner weiteren Machtausübung zu schwächen, vom Ausmaß, in dem die andauernde Gewalt die Öffentlichkeit beeindruckt, und vom Einfluss reicht, den sie auf die diplomatische oder materielle Unterstützung vor allem seitens der USA und Europas hat. (Die Europäische Union ist die Hauptquelle für die finanzielle Unterstützung der PA und könnte daher starken Druck zugunsten eines Waffenstillstands ausüben. Bisher hat sie allerdings von einer solchen Maßnahme Abstand genommen.) Sollten diese Faktoren zur Reduktion der Gewalt beitragen, wie es zum Beispiel während des Besuches von US-Außenminister Colin Powell der Fall war, könnte das die Bereitschaft zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen heben. Andererseits besteht keinerlei Absicht, eine direkte Auseinandersetzung mit extremistischen Organisationen wie der „ Hamas“, dem „ Islamic Jihad“ („Islamischer Heiliger Krieg“) oder militanten Aktivisten etwa aus Arafats eigener „ Fatah/Tanzim“-Bewegung herbeizuführen, wenn dabei nicht einmal ein vorzeigbarer politischer Erfolg zu erzielen ist. Bestenfalls könnte es zu einer verstärkten Spaltung innerhalb der palästinensischen Politik kommen, die im Lauf der Kampfhandlungen unterdrückt worden war. Wenn aber Arafat eine Entscheidung treffen

würde und sie nicht durchsetzen könnte, also klar wäre, dass er nicht mehr als Autorität der palästinensischen Sache auftreten kann, wird seine Vormachtstellung erfolgsversprechend herausgefordert.

Bisher haben die Umstände eine solche Entscheidung noch nicht gerechtfertigt. Erst nach einem Selbstmord-Attentat Anfang Juni, bei dem in Tel Aviv 20 Jugendliche starben, und der Androhung massiver Vergeltungsmaßnahmen begleitet von starkem europäischem und amerikanischem Druck änderte sich das gesamte Kalkül und Arafat kündigte die Zustimmung zu einem sofortigen und bedingungslosen Ende der Gewalt entsprechend der einen Monat davor veröffentlichten Studie des Mitchell-Komitees an. Trotzdem gab es sporadisch kleinere Vorfälle, und es bestand keinerlei Sicherheit, dass Arafat abtrünnige Organisationen oder einzelne Terroristen unter Kontrolle hatte, auch wenn er angesichts der Kritik aus den eigenen Reihen einen entschlossenen Eindruck machte, die Gewaltakte zu unterdrücken. Jeder Waffenstillstand war eine Geisel von Aktionen einiger weniger Personen.

Dies galt in einem geringeren Ausmaß auch für die israelische Seite. Obwohl Kommando und Kontrolle des israelischen Militärs wesentlich wirksamer waren und der Regierungswille stärker in der Gesellschaft zum Ausdruck kam, blieb doch die Gefahr von Bürgerwehraktionen vereinzelter Außenseiter. Das trifft vor allem für die jüdischen Siedler zu, nach deren Überzeugung die Regierung zu wenig für die Sicherheit tut, und die ihr Recht einfordern. Anfangs versuchte Sharon, durch militärische Eskalation ein Ende der Gewalt zu erzielen (Eindringen in das von Palästinensern kontrollierte Gebiet A, Einsatz von Hubschrauber-Schützen etc.), danach entschied er sich für größere Zurückhaltung, die in einem einseitigen Waffenstillstand mündete. Diesen Weg konnte er vor allem aufgrund seiner eigenen Reputation durchhalten, aufgrund des politischen Kapitals, das er viele Jahre hindurch mit der israelischen Rechten gesammelt hatte. Außerdem führte er parallel dazu keine politischen Verhandlungen, die Angebote von israelischer Seite enthielten. Aber er war bitterer und wachsender Kritik ausgesetzt, speziell von Seiten der Siedler, weil er nicht so entschieden agierte, wie er es versprochen hatte, und wie es viele von ihm erwartet hatten.

Sollte es wirklich zu einem Ende der Gewalt kommen, wäre dieser Zustand sehr brüchig und würde nicht lange anhalten ohne jene vertrauensbildenden Maßnahmen, die in der zweiten Stufe der Mitchell-Empfehlungen festgehalten sind – das würde auch ein Ende der palästinensischen Aufhetzung und der israelischen Siedlungsaktivitäten bedeuten.

Im Endeffekt waren die Chancen, dass eine Waffenruhe zur Aufnahme erfolgsversprechender Verhandlungen führen würde, noch nicht sehr groß. Die Gewalt hatte ein Klima der gegenseitigen Feindseligkeit, des Misstrauens und der Desillusionierung geschaffen und es wird einige Zeit dauern, bis wieder eine positivere Atmosphäre herrschen wird, in der man nach einer kooperativen Lösung des Konfliktes suchen kann. Aber der Faktor Zeit allein wird nicht ausreichend sein, um die Hürden zu beseitigen, die im Sommer und Herbst 2000 ein Abkommen verhindert haben. Die politische Führung müsste auch den öffentlichen Diskurs anders führen. Das gilt besonders für die palästinensische Seite.

Die israelische Bevölkerung wurde seit 1993 von einem Teil der politischen Führung dahingehend erzogen, die Abmachungen von Oslo anzuerkennen: Aufteilung des Landes zwischen Israel und Palästina, Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf dem größten Teil der West-Bank und des Gaza-Streifens einschließlich großer Teile Jerusalems, Räumung eines Großteils der jüdischen Siedlungen. Das war natürlich eine lange und mühevoll entwickelte Entwicklung, die aber Barak und seine Kollegen aus der Arbeiterpartei schließlich zur möglicherweise falschen Überzeugung brachte, dass das von ihnen vorgeschlagene Abkommen angenommen würde. Die palästinensische Bevölkerung wurde von seiner Führung nicht davon überzeugt, dass die genauen Bedingungen für diese Aufteilung ausgehandelt werden müssen und dass das Ergebnis der Verhandlungen Frieden ohne weitere

Vorbehalte sein muss. Im Gegenteil – man gab zu verstehen, dass die palästinensische Seite alle Konzessionen gemacht hatte, zu denen man bereit war oder die man erwarten konnte, indem man Israel innerhalb der Grenzen von 1949 gemäß den Grenzen des Israelisch-Jordanischen Waffenstillstandes (das heißt innerhalb der Grenzen vom 4. Juni 1967) anerkannte, und dass keine Chance auf eine weitere Modifizierung der palästinensischen Forderungen geben könne. Von Israel wurde nur erwartet, dass sich die Führung über die Anliegen hinsichtlich Räumung der besetzten Gebiete beziehungsweise Anerkennung des „Rückkehrrechtes“ für Flüchtlinge äußere. Wenn es nicht zu einer überzeugten Änderung dieser Anliegen kommt und das wird in den Nachwehen der Intifada ein noch schwierigeres Unterfangen), wird die Kluft, die in bisherigen Verhandlungen nicht geschlossen werden konnte, in Zukunft kaum überbrückt werden können.

Regionale und internationale Einflüsse

Regionale und internationale Beobachter und Politiker fürchten seit dem Ausbruch der Gewalt Ende September 2000, dass sich die Geschehnisse über die Grenzen Israels, der West-Bank und des Gaza-Streifens hinaus ausbreiten und anderer Gebiete im Mittleren Osten nach sich destabilisieren könnten. Die Sorge gilt vor allem zwei potenziellen Gefahrenquellen: Erstens könnten die Solidaritätsbezeugungen der „arabischen Straße“ mit den Palästinensern irgendwie außer Kontrolle geraten und arabische Regimes gefährden. Zweitens würden sich einige Regime gezwungen sehen, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Drohung zuvorzukommen, was zu einem arabisch-israelischen Krieg eskalieren könnte.

Das sind keine unbegründeten Sorgen. Zu Beginn der Auseinandersetzungen fanden riesige Demonstrationen in der gesamten arabischen Welt statt, besonders in Jordanien, Ägypten und Marokko. Jordanien war wegen seiner Nähe und seines hohen palästinensischen Bevölkerungsanteils besonders gefährdet und Demonstranten stießen öfter als einmal mit Polizeikommandos zusammen. Aber auch in Ägypten fanden wiederholt anti-israelische Demonstrationen statt, deren Unterton oftmals stark oppositionelle Züge gegen die ägyptische Regierungspolitik erkennen ließ. Ägypten und Jordanien investierten daher viel diplomatische Energie, um ein Ende der Gewalt zu erreichen.

Es gibt mehrere Gründe für die empfindlichen Reaktionen auf Ereignisse, die sich innerhalb der israelisch-palästinensischen Arena abspielen. Hier zeigt sich zum Beispiel die Wirkung der modernen Massenkommunikation. Während die nationalen Medien Israel uneingeschränkt feindlich gegenüber stehen und palästinensische Forderungen und Interpretationen unterstützen, halten sie sich bei der Kritik an nationalen Regierungen zurück. Aber die Verbreitung von unabhängigem Satelliten-Fernsehen – wie zum Beispiel „al-Jezira“ und andere Sender – veranlasst die Zuschauer, zumindest ein stärkeres Auftreten ihrer eigenen Regierungen zu verlangen; manchmal zeigen die privaten Stationen den Zuschauern wesentlich mehr aufrührerische Szenen als je zuvor im Fernsehen zu sehen waren. Zweitens wurde die religiöse Bedeutung des palästinensischen Anliegens durch die Anstrengungen der Palästinenser (so spielt z. B. die Bezeichnung „al-Aqsa-Intifada“ mit diesen Gefühlen) und durch die Einbeziehung der „Hisbollah“ und anderer islamistischer Bewegungen wesentlich verstärkt. Durch diese Verbindung von Nationalismus und Religion könnten islamistische Kräfte die angebliche „Passivität“ der nationalen Regierungen ausnutzen und regierungsfeindliche Gefühle zu schüren. Und schließlich bot die Intifada Saddam Hussein eine Möglichkeit, sich als radikalster Anhänger der palästinensischen Sache zu präsentieren und den Eindruck eines gemeinsamen palästinensisch-irakischen Kampfes gegen die „zionistisch-imperialistische“ Bedrohung der Araber zu unterstreichen. Lautstark veröffentlichte Meldungen, in welchem Ausmaß die Irakis den Kampf unterstützen, wie z.B. die direkte Auszahlung von 10 000 US-Dollar an die Familie eines jeden palästinensischen „Märtyrers“ und die Mobilisierung einer sehr großen Truppe von Freiwilligen zur Befreiung

Palästinas (21 Divisionen laut allgemeiner Aussage), versprochen zumindest, dass sich andere arabische Regierungen zu heftigeren und stärker kämpferisch ausgerichteten Aktionen gedrängt fühlen.

Aber auch nach dieser langen Zeit der Gewalt hat sich keines dieser Horrorszenarien bewahrheitet. Die möglichen Konsequenzen haben eine gewisse Zurückhaltung bei fast allen bewirkt, die in die Situation involviert sind oder zumindest eine Nebenrolle spielen; eine Ausnahme bilden nur jene, die an einer Ausweitung des Konfliktes interessiert sind – der Irak und die Palästinenser selbst. Israel hat zeitweise seine Waffen massiv eingesetzt und dieses Maß an Gewaltanwendung wurde oft als exzessiv und unangemessen verurteilt. Aber seit die Regionalisierung der Gewalt ein wirklich unappetitlicher Faktor geworden ist, hat Israel eine bemerkenswerte Zurückhaltung bewiesen. Und die arabischen Regierungen (besonders Ägypten) haben sich auf verbal kämpferische und demonstrativ politische Äußerungen zurückgezogen, um eine Konfrontation mit Israel zu kompensieren, die sie viel lieber vermeiden würden. So hat Ägypten seinen Botschafter aus Israel zurückberufen, und Jordanien hat nach Ablauf der Amtszeit des Botschafters genommen von der Nachbesetzung Abstand; Qatar, Oman, Tunesien und Marokko haben ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Israel auf eine niedrigere Stufe abgesenkt. Aber diese „Anti-Israel“-Aktionen wurden nicht von aktiven „pro-palästinensischen“ Aktionen begleitet. Die arabischen Regierungen stellten der PA keinerlei militärische Unterstützung zur Verfügung. Sie hielten sich auch nicht an die vereinbarte finanzielle Hilfe, die auf verschiedenen Gipfeltreffen und Treffen der Außenminister seit dem Ausbruch der Intifada vereinbart worden war. In dieser Hinsicht haben sich die Regierungen als widerstandsfähiger gegenüber der „arabischen Straße“ erwiesen, als es viele Beobachter anfänglich erwartet hatten.

Tatsächlich war „die Straße“ weniger hilfreich als angenommen. Ohne Zweifel haben die Feindseligkeiten gegen Israel dramatisch zugenommen. Das lässt sich in vielen Bereichen feststellen, auch im täglichen Leben. Die Palästinenser sind größtenteils enttäuscht nicht nur, über das Verhalten der arabischen Regierungen, sondern auch über die Gleichgültigkeit der arabischen Öffentlichkeit, die etwa den „Nakba-Tag“ 2001 überging.

Wenn man die Fakten zusammenfasst, so ist das Verbindungsglied der palästinensisch-israelischen und der arabisch-israelischen Beziehungen stärker auf der emotionalen als auf einer operativen Ebene zu finden, und es sieht zur Zeit nicht so aus, als würden die israelisch-palästinensischen Konfrontationen in einen größeren regionalen Krieg münden. Der Katalysator dafür ist anderswo zu finden, nämlich an der nördlichen Grenze Israels. Seit dem Rückzug aus dem südlichen Libanon im Mai 2000 macht Israel Syrien für alle Angriffe der „Hisbollah“ und anderer Organisationen von libanesischem Territorium aus verantwortlich. Eine Vorwarnung von israelischer Seite war die Zerstörung einer syrischen Radaranlage im Libanon Mitte April nach einem Angriff der „Hisbollah“ auf den israelischen Außenposten am Berg Dov, in einem Gebiet, das die Libanesen als Shab's Farms bezeichnen und als libanesisches Territorium reklamieren, dessen Räumung Israel aber verweigert.

Die „Hisbollah“ betont ihre Unterstützung für die palästinensische Sache und bekennt, dass einige Operationen als Verstärkung des palästinensischen Kampfes anzusehen sind. Aber nach den israelischen Luftangriffen im April ordnete Syrien eine Verminderung der „Hisbollah“-Aktivitäten an, einige wichtige Kräfte im politischen Leben des Libanon stellten sich gegen die Vorgangsweise der „Hisbollah“ und die Art ihrer Angriffe. Wenn sich die „Hisbollah“ nicht weiter zurückhält oder nicht von anderen zurückgehalten wird, also wenn die Abschreckung durch die Israelis ihre Wirkung verfehlt, so besteht durchaus die Gefahr eines syrisch-israelischen Krieges, der sogar einen größeren Konflikt in dieser Region auslösen könnte.

Sollte es dazu kommen, so geschieht dies aufgrund der israelisch-libanesisch-syrischen Verstrickungen, die unabhängig vom palästinensischen Problembereich existieren. Und wenn es nicht dazu kommt, bleibt die israelisch-palästinensische Konfrontation – solange sie mehr oder weniger unter den gegenwärtigen Parametern abläuft – zu interessant, um ignoriert zu werden; aber sie ist strategisch nicht wichtig genug, um eine massive Intervention der übrigen internationalen Gemeinschaft zu rechtfertigen.

Dr. Mark A. Heller
Principal Research Associate at the Jaffee Center for Strategic Studies
Tel-Aviv University, Israel

Übersetzung aus dem Englischen: Edda Engelke